



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1916

340 (24.7.1916) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-330352](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-330352)

Bezugspreis: Quart 1.10 monatlich, Bringerlohn 30 Pfg., durch die Post...
Schlag der Anzeigen-Rumahme für das Mittagsblatt morgens 1/2 Uhr, für das Abendblatt nachm. 3 Uhr.

General-Anzeiger

der Stadt Mannheim und Umgebung

Telegramm-Adresse: „Generalanzeiger Mannheim“
Seriendruck-Nummern:
Oberleitung, Buchhaltung und Zeitungsverwaltung... 1449
Schriftleitung... 577 und 1449
Verwaltung und Verlagsbuchhandlung... 218 und 7569
Buchdruck-Abteilung... 341
Kleindruck-Abteilung... 7086

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag)

Zweitschriftleitung in Berlin, U.W. 40, In den Seiten 17, Fernsprech-Nummer Telephon-Amt Hansa 497. — Postfach-Nr. 2917 Ludwigshafen a. Rh.

Beilagen: Amtliches Verhandlungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; wöchentlich. Tefdruckbeilage: „Das Weltgeschehen im Bilde“; Technische Rundschau; Sport-Rundschau; Wandern und Reisen sowie Winterport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 340. Mannheim, Montag, 24. Juli 1916. (Abendblatt).

Die Schlacht an der Somme flammt wieder auf. Der Kaiser und der Chef des Generalstabs begeben sich auf den östlichen Kriegsschauplatz.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 24. Juli. (W.D. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Wie sich herausgestellt hat, wurden die gestern gemeldeten englischen Angriffe gegen die Front Thiepval-Guillemont von Teilen von elf englischen Divisionen geführt, deren mehrere häufig von anderen Fronten herangezogen waren. Den einzigen Vorteil, den der Feind auf der ganzen Linie erreichen konnte und den wir noch nicht ausgebeutet haben, das Eindringen in einige Häuser von Pozieres, mußte er mit außerordentlich schweren blutigen Verlusten bezahlen.

In Longueval warf ihn der mit Wucht geführte Gegenstoß der brandenburgischen Grenadiere von Douaumont glorieusem Angehen. Aus einer Niedergrube südwestlich von Guillemont, in der der Gegner sich vorübergehend eingesenkt hatte, brachten wir 3 Offiziere, 141 Mann unverwundet heraus.

Südlich der Somme sind kleinere französische Unternehmungen bei Soyecourt und westlich von Sermantovillers in unserem Feuer gescheitert. Die Artilleriekämpfe flauten nur vorübergehend ab.

Unsere Deute aus den Kämpfen seit dem 15. Juli beträgt nach bisherigen Feststellungen 68 Maschinengewehre.

Rechts der Maas steigerte sich die heidenrühmige Artilleriekämpfe mehrmals zu großer Heftigkeit. Infanteriekämpfe gab es hier nicht.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem nördlichen Teil der Front und bei der Arme des Generals Grafen von Bothmer außer Artilleriekämpfe keine Ereignisse.

Nordwestlich von Verecheglo wurden starke russische Angriffe glatt abgeklungen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Unverändert. Oberste Heeresleitung.

Berlin, 24. Juli. (Amtlich.) S. Maj. der Kaiser hat sich dem westlichen auf den östlichen Kriegsschauplatz begeben. In seiner Begleitung befindet sich der Chef des Generalstabs des Feldheeres.

Die Kriegslage.

Berlin, 24. Juli. (Von u. Berl. Büro.) Als Ergebnis der Kämpfe im Westen, die ja sicher noch lange nicht abgeschlossen sind, bleibt es schon jetzt festzuhalten:

Es ist den Engländern bisher nicht gelungen unsere Weichen zu durchstoßen und es wird ihnen auch ferner nicht gelingen. Die

Westfront, daß die Engländer noch erheblichen Raum gewinnen könnten, besteht wohl nicht mehr. Dieser Eindruck ist auch durch die Stumpfhandlungen der letzten Tage wieder ganz besonders bekräftigt worden. Bei den englischen Angriffen vom Sonntag nördlich der Somme hat es sich, wie man jetzt ganz klar sieht, um eine Stumpfhandlung unter Einsatz sehr starker Kräfte gehandelt. Aber dieser Angriff ist, wie so viele vorher gescheitert. Südlich der Somme im Operationsgebiet der Franzosen beschränken diese sich auf kleine Angriffsvorstöße bei Soyecourt, die erfolglos verliefen wie ihre Vorgänger. Nördlich der Somme gelang es uns gestern 20 Engländer zu Gefangenen zu machen. Die Deute der großen Schlacht vom 15., 16. und 20. Juli auf der Angriffsfront an der Somme läßt sich nur in etwa einigermaßen übersehen: Sie ist recht still; u. a. sind 68 Maschinengewehre zu verzeichnen.

Ostlich der Maas hat es nur Pattvorkämpfe gegeben; wenn der französische Bericht von einem großen Angriff der Deutschen erzählt, der im französischen Feuer zusammengebrochen sei, so ist das nur ein erneuter Beweis für die Fähigkeit der Franzosen im unbekümmerten Entstellen der Wahrheit.

Im äußersten Südteil der langgestreckten deutschen Front bei Westersthein wurde in der Nacht vom 20. auf 21. Juli ein Vorstoß der Franzosen abgewiesen. Bei der Gelegenheit — und das verdient unterstrichen zu werden — ist nur ein einziges deutsches Flugzeug verloren gegangen. Auch hier haben die Franzosen also wieder ihrer Phantasie die Hegel spielen lassen.

Auf der Ostfront haben die letzten Tage keine großen Veränderungen gebracht. Südlich von Riga herrscht im allgemeinen Ruhe. Die brandenburgischen Truppen, die sich dort bei den letzten Kämpfen so heldenhaft bewährt haben, wurden vom Kaiser ausgezeichnet. Die gleiche Auszeichnung erhielten auf dem westlichen Kriegsschauplatz bayerische Truppen und die Truppen an der Somme.

In den Karpaten aber wüten die Kämpfe auf dem Raum des Gebirges hin und her. Es sind dort vorwiegend Kämpfe kleinerer Abteilungen und sie sind auch noch nicht abgeschlossen. Zu ernsthafter Zuntubigung ist indes kein Anlaß vorhanden.

Die englischen Berichte.

London, 24. Juli. (W.D. Nichtamtlich.) Reuter meldet amtlich: Bericht des britischen Hauptquartiers. Während der letzten 12 Stunden entwickelte das heidenrühmige Artilleriefeuer regere Heftigkeit. Unsere Schützengräben wurden an verschiedenen Punkten mit Bomben, Gas und tränenregenden Gasen beschossen. Sonst ist nichts von Bedeutung zu melden.

London, 24. Juli. (W.D. Nichtamtlich.) Amtlich wird gemeldet: Bericht des Generalstabes. Die Schlacht kamte heute längs der ganzen deutschen Front von Pozieres bis Guillemont wieder auf und erreichte einen Grad äußerster Heftigkeit. In einem Gelechte kam es bei dem Dorfe Pozieres, wo die Deutschen mit vielen Maschinengewehren verwehrt den Widerstand leisteten. An anderen Teilen der Front war der Kampf ebenfalls heftig. Es ist noch kein entscheidender Erfolg gemeldet. Heute früh eroberten wir ganz Longueval zurück, aber die Feinde ge-

wannen den Nordteil des Dorfes abermals. In ähnlicher Weise wechselte der Torffraum von Guillemont zweimal.

London, 24. Juli. (W.D. Nichtamtlich.) Britischer Heeresbericht. Unsere Truppen erzielten neue Fortschritte in der Gegend von Pozieres, wo wir eine Anzahl Gefangener machten. Auf der östlichen Front zwischen Pozieres und Guillemont dauerte die Schlacht mit äußerster Heftigkeit an.

Die französischen Berichte.

Paris, 24. Juli. (W.D. Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht vom Sonntag Nachmittag.

An der Front der Somme Artilleriekämpfe. Südlich von Soyecourt scheiterte nachts ein deutscher Angriff. Auf dem rechten Maasufer Bombardement im Abschnitt von Fleury und Kämpfe mit Panzergrenadiern an den Jagängen zu Cabelles-Sainte-Fine. Bei Epagnes wurde ein deutscher Angriffsvorstöß durch Maschinengewehre zurückgewiesen. Auf der übrigen Front ist die Nacht ruhig verlaufen.

Paris, 24. Juli. (W.D. Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht vom Sonntag Abend.

Außer ziemlich lebhafter Beschöpfung nördlich der Somme ist kein wichtiges Ereignis von der ganzen Front zu melden.

Flugdienst. Während des 21. Juli beschossen unsere Flugzeuge den Bahnhof Bignaux und in der Nacht vom 21. zum 22. Juli den Bahnhof von Diederhosen, wo drei große Brände festgesetzt wurden; ebenso die Bahnhöfe von Arnauville, Raon-Saint-Pierre. In der Nacht vom 22. zum 23. belagerten wir von neuem den Bahnhof und militärische Anlagen von Diederhosen mit Bomben. Am Laufe dieser Fliegerangriffe wurden 115 Bomben abgeworfen. Am Morgen des 22. Juli beschoss eine Gruppe von 12 französischen Flugzeugen militärische Anlagen von Rülbeim. Der Bahnhof und die Kasernen wurden mit zahlreichen Geschossen beschossen, von welchen die meisten ihr Ziel trafen. Auf der Rückkehr lieferten unsere Fliegerzeuge einem feindlichen Geschwader eine Schlacht. Vier deutsche Flugzeuge wurden durch unsere Flieger abgeschossen und zerstreut auf dem Erdboden. Zwei der Unserigen landeten in den feindlichen Linien. Gestern schickte ein weittragendes feindliches Geschütz mehrere großkalibrige Geschosse in Richtung auf Belfort ab. Heute Morgen bewarf ein deutsches Flugzeug die Stadt mit Bomben, die nur Materialschaden anrichteten.

Belgischer Bericht. Der Tag war auf der belgischen Front ruhig.

Belgischer Bericht vom Sonnabend. Nacht und der Tag war verhältnismäßig ruhig mit Ausnahme in der Gegend von Dixmude, wo wir feindliche Batterien zum Schweigen brachten die sich ziemlich tätig gezeigt hatten. Die belgische Artillerie richtete mit Erfolg Fernwundschüsse auf feindliche Anlagen bei Det S.

Bedeutungsvolle Zeichen.

Rotterdam, 24. Juli. (W.D. Tel. s. B.) Entgegen der sonstigen Gepflogenheit der vierverbandsfreundlichen hiesigen Blätter schlugen diese gestern den fälligen englischen und französischen Heeresbericht über die Kriegslage an der Somme nicht an, woraus wohl einnehmen werden darf, daß es um die Sache der Engländer schlecht stehen muß. Der heutige Bericht aus dem britischen Hauptquartier ist kurz, gibt aber zu, daß die Engländer keine weiteren Fortschritte machen konnten, da die Deutschen mit ihren zahlreichen Maschinengewehren einen hartnäckigen Widerstand leisteten. Es wird zu erwarten, daß es den Deutschen gelang, wieder einen Teil von Longueval zu besetzen und weiter heißt es, es werde zwischen Pozieres

Ein Vorstoß deutscher Torpedoboote gegen die englische Küste.

Berlin, 24. Juli. (W.D. Amtlich.) In der Nacht vom 22. auf 23. Juli unternahm eine deutsche Torpedoboote von Flandern aus einen Vorstoß bis nahe der Temse mündung, ohne dort feindliche Seestreitkräfte anzutreffen. Bei der Rückkehr riefen sie am 23. Juli morgens auf mehrere englische kleine Kreuzer der Aurora-Klasse und Torpedoboote zurück. Es entspann sich ein kurzes Artilleriegefecht, im Verlauf dessen Trefferwirkungen bei dem Gegner erzielt wurden. Unsere Torpedoboote sind unbeschädigt in ihren Stützpunkt zurückgekehrt.

und Guillemont mit wechselnden Glück kämpft. Die Schlacht dauerte fort.

Die Gestaltung der Front.

Zu dem Generalstabsbericht vom 22., in dem die Ereignisse nach der englisch-französischen Niederlage behandelt werden, wird der Korrespondenz „Heer und Politik“ geschrieben:

In den Kämpfen an der Somme ist eine Kesselpotenz eingetreten, die unsere Feinde nach ihrer schweren und verlustreichen Niederlage, welche ihnen ihr „Hauptschlag“ eingebracht hatte, ganz gegen ihren Willen zu einer Bewahrung der Ruhe genötigt worden sind. Es kam im Somme-Gebiet nicht zu größeren einheitlichen Angriffen. Der „Hauptschlag“ war zwar sehr kurz, aber desto wirkungsvoller, allerdings nicht in dem Sinne der Angreifer. In diesem Stadium der Schlacht ist die Frage nach der Gestaltung der Front bedeutsam.

Die französisch-englische Front zu beiden Seiten der Somme hat jetzt nämlich eine bemerkenswerte Form angenommen, an der wir ganz klar mit dem bloßen Auge die Absichten der englischen und französischen Heeresleitungen ablesen können. Schon vor Beginn der großen Offensive hatte die Front unserer Feinde an dieser Stelle eine gegen die Linie Veronne-Combles vorgedrückte Form, die sich in einem bis in die Gegend von Curcu reichenden Spitzbogen offenbarte. Dieser Spitzbogen diente als Ausgangspunkt der Offensive mit dem bemerkenswerten Ergebnis, daß der früher am weitesten vorgedrückte Raum jetzt bei Hardecourt am meisten zurückbleibt, während links und rechts davon sich zwei scharf hervor-springende Spitzen gebildet haben. Die südliche Spitze endet bei Höhe 97, südlich von Veronne. Sie hat eine große Tiefe von 7 km., ungefähr die gleiche Tiefe weist die nördliche Spitze auf, die bis Longueval, nordwestlich von Combles, reicht. Beide Geländestücke haben eine ziemlich dreieckige Form, jedoch die Frontlinien von dem Spitzpunkt ziemlich steil zur alten Frontlinie abfallen. In diesen zwei Punkten bringen die beiden Angriffsheere gegen unsere Linien vor, in der Absicht, hier an zwei Stellen einen unsere Front sprengenden Keil zu schaffen. Der Ausgang der Hauptschlacht zeigt ihnen aber, daß diese Erwartung sich nicht erfüllen dürfte. Dadurch ist die Engländer nach unserem Generalstabsbericht im Räume südlich von Hardecourt einen geringen Erfolg erzielt. Dadurch ist die Ausbuchtung, welche ihre Front bei Hardecourt zeigt, ein wenig flacher geworden.

Das Bestreben der englisch-französischen Seereschiffahrt geht offenbar dahin, diese recht ungünstige Ausrichtung von Hardecourt soweit auszugleichen, daß eine Ausrichtung der Front von Longueval bis Höhe 97 (La-Raisonne) erfolgt. Aber was soll damit für die Vertreibung unseres Heeres aus den besetzten Ländern erzielt werden? Die Hoffnungen und Absichten unserer Feinde, die zuerst ungeahnte Höhen erklimmen hatten, sind im Verlauf der Offensive so gering geworden, daß man immer ungeduldig fragen möchte, was hat das alles für einen Sinn? Wozu dies viele Blutvergießen und die ungeheuren Opfer? Der Gewinn von einigen Quadratkilometern Boden kann unendlich an der für uns günstigen Kriegslage das Geringste ändern. Sehen das unsere Feinde nicht oder stellen sie sich absichtlich blind? Einstweilen können wir darum nur feststellen, daß das bisherige Gesamtergebnis — da ein Durchbruch nun außer jeder Möglichkeit liegen dürfte — unter jeder Erwartung geblieben ist. Das Nachlassen jeder größeren Infanterietätigkeit zu beiden Seiten der Somme zeigt, daß die Niederlage, welche Engländer und Franzosen erlitten haben, auch zu einer gewaltigen Schwächung ihrer Front geführt haben muß. Der Aberlauf war zu groß, als daß die Reste der verbliebenen sehr starken Angriffstruppen noch auf eine wirkungsvolle Tätigkeit hätten hoffen können. Damit dürfte aber die Offensive noch keinesfalls als abgeschlossen zu betrachten sein. Man wird vielmehr erwarten dürfen, daß diese Kampfpause nur zur Heranschaffung weiterer Reserven dienen soll, um durch neue Stöße unser Heer zu ermatten. Nun, sie werden sich davon überzeugen müssen, daß sie diese Macht ebenso wenig jetzt wie bei ihren früheren Offensiven erreichen werden. Unser Heer wird weiter auf der Wacht stehen. Was wird aber dann erfolgen, wenn auch unsere Feinde die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit unserer Front zu durchbrechen gewonnen haben werden?

Wurde England durch den Krieg überrascht?

„Nunne Rotterdamse Courant“ entnimmt im Morgenblatt A. vom 21. Juli dem englischen Wochenblatt „Sunday Pictorial“ folgende Bemerkungen des ehemaligen englischen Marine-Ministers Winston Churchill: Die frühere Minister behauptet, daß England den Krieg nicht gewollt habe. Aber wegen der drohenden Haltung Deutschlands gegenüber Serbien ergriff England bereits am Abend des 28. Juli 1914 alle Maßnahmen, um mit der Flotte bereit zu sein. Ueber die Stellungnahme Englands vor dem Ausbruch des Krieges schreibt Churchill: „Wir waren frei von jeglichem rechtlichen und formellen Versprechen. Einhunderttausend britische Soldaten war das Höchste, was Frankreich — selbst wenn wir auf seine Seite traten — jemals erbeten oder erwartet hatte. Alle unsere militärischen und Marine-Vorbereitungen mit den französischen Stäben waren auf der ausdrücklichen Erklärung und angenommenen Basis geführt worden, daß das britische Volk frei sein würde, zu wählen, ob und wann der Augenblick gekommen sei. Trotzdem rechnete Frankreich auf uns; es glaubte, daß es auf England rechnen könne, nicht für einen Nebenbuhler, sondern zur Abwehr eines unvorhergesehenen Angriffes. Die Franzosen hatten ihre militärischen und, noch mehr, ihre moralischen Pläne in dieser Hinsicht aufgestellt. Gott sei Dank nicht bezogen.“

Die Bekämpfung der Schundliteratur.

Die badische Regierung hat schon lange der Frage der Bekämpfung der Schundliteratur ihre ernste Aufmerksamkeit zugewendet. Durchgehende Maßnahmen konnten aber bisher nicht getroffen werden, da es an der gesetzlichen Grundlage für ein wirksames Vorgehen fehlte. Die Bestimmung in § 56 Ziffer 12 der Gewerbeordnung, die Druckschriften vom Gewerbebetriebe im Umherziehen auszuschließen, welche geeignet sind, in sittlicher oder religiöser Beziehung Ärgernis zu geben, ermöglichte zwar, zumal bei der weiten Auslegung, die die Hochprechung dem Begriffe „Ärgernis“ in sittlicher Beziehung“ in diesem Zusammenhang gegeben hat, dem Konzipieren mit Druckschriften, die als Schundliteratur zu erachten sind, entgegenzutreten, es liegt aber auf der Hand, daß damit kein Urteil nur in bestimmten Umfange getroffen werden konnte. Im bestehenden Gewerbebetriebe die namentlich für die Jugend unheilvoll, die Mordlust vergrößernden Schundschriften unheimlich verbreiten werden. Dieser Bereich ist in einem außerordentlichen Umfang erfaßt. Der Krieg hat die Rechtslage geändert. Einzelne stellvertretende kommandierende Generäle manchen von den ihnen durch das Gesetz über den Belagerungszustand eingeräumten Befugnissen auch zum Zwecke des Vorkommens gegen die Schundliteratur Gebrauch.

Als auch in Baden ein Besorgnis in dieser Richtung in Erwägung gezogen wurde, besaß bei der Militärbehörde, wie bei den beteiligten Justizbehörden, den Ministern des Innern und des Reichs und Unterrichts Befugnisse,

Dann beschloß Churchill den weiteren Lauf der Ereignisse Sir Edward Grey arbeitete allerdings weiter für den Frieden, aber die Flotte wurde inzwischen vollständig gefachsdereit gemacht. „Das belgische Verbrechen“ hätte das englische Kabinett zur Einheit gebracht, und unsere Flotte war gefachsdereit.

Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 23. Juli. (WZ, Nichtamtlich.) Bericht des Hauptquartiers. An der Front griff im Euphrat-Abchnitt einer unserer Monitore bestig zwei feindliche Monitore an und rief auf einem Feuerstoß hervor. Unsere Freiwilligen gaben vom Ufer aus Feuer und töteten einige Mann der Besatzung. Die feindlichen Monitore mußten den Rückzug antreten.

An der persischen Front und im Abschnitt von Kermanschah ist die Lage unverändert. Unsere Abteilungen und Freiwilligen vertrieben durch kraftvollen Angriff russische Streikräfte in der Gegend von Bane gegen Osten. Unsere Truppen stießen 35 Kilometer östlich von Kermanschah, 8 Kilometer südlich der Grenze, auf russische Kaschuten, nahmen sie unter heftigem Feuer und brachten ihnen ernsthafte Verluste bei. Um die Flucht zu erleichtern, warfen die Feinde auf der Straße Bekleidungsstücke, Munition und andere Dinge fort. Vom Kaufasus und den anderen Fronten keine wichtige Meldung.

Der Kreuzer „Ridilli“ traf am 22. Juli südlich von Sebastopol auf starke feindliche Seestreikräfte. Da man der „Ridilli“ den Weg abzuschneiden versuchte, mußte sie sich 4 Stunden lang auf einen Kampf gegen ein neues russisches Schiff vom Typ „Königin Marie“ und 4 Torpedobootzerstörer, ebenfalls neue Bauart, einlassen. Trotz des Angriffes und trotzdem die Feinde unaufhörlich Verstärkungen herbeiriefen, durchbrach die „Ridilli“ dank der Geschicklichkeit ihres Führers, die feindliche Einkreisung und kehrte unverletzt zurück.

Die Veränderung im russischen Kabinett.

Der Stürmer, der russische Ministerpräsident, hat auch die Leitung der auswärtigen Geschäfte übernommen. Russische Blätter haben schon vor längerer Zeit, als die ersten Nachrichten von bevorstehenden Veränderungen im Kabinett in die Presse gedruckt wurden, der Vermutung Ausdruck gegeben, daß die neuen Männer auch eine neue Richtung der Politik bedeuten würden. So schrieb der dem Gedanken eines Friedens mit Deutschland wenig geneigte Utro Rossij in einem Leitartikel vom 14. Juli voller Mißtrauen und Besorgnis:

Im Hauptquartier hat soeben eine wichtige Sitzung des Ministerrats stattgefunden. Nach Mitteilungen, die in die Presse gedrungen sind, sind besonders die Ernährungsfrage und die Polenfrage erörtert worden. Diese beiden Fragen wurden offenbar als unauflösbar behandelt. Die übrigen Fragen, die noch zur Besprechung vorgemerkt waren, sind aufgeschoben worden wegen der bevorstehenden erheblichen Veränderungen in der persönlichen Zusammensetzung des Kabinetts. Und eine der sogenannten „weit verbreiteten“ Meinungen, die

Stimmung darüber, daß die zu treffenden Maßnahmen zunächst darauf abzielen sollen, daß nach Möglichkeit das jetzt unter den besondern Verhältnissen, die durch den Krieg geschaffen wurden, erzielende Vorgehen auch über den Krieg hinaus Aussicht auf Erfolg hinsichtlich des erkrankten Volkes hat, die verderblichen Einflüsse der Schundliteratur auf das Volk, insbesondere die Jugend, zu beseitigen.

Es erhebt unter diesem Gesichtspunkte eine maßvolle Behauptung hinsichtlich der durch die Verlegung des stellvertretenden kommandierenden Generals zu treffenden Druckarbeiten, geben, auch erhebt es angelegentlich die Bitte, die Mitwirkung der Justizbehörden in den Vordergrund zu rufen, indem für die militärische Verlegung eine Form gewählt werde, durch die die Verlegung bestimmter Druckschriften als Schundliteratur der Justizbehörde überlassen wurde. In gleicher Weise wie durch eine entsprechende Verlegung des Oberkommandos der Marine ist demgemäß durch Bekanntmachung des stellvertretenden kommandierenden Generals des XIV. Armee-Korps angeordnet worden, daß Druckschriften, die von dem Groß- Ministerium des Innern in Karlsruhe durch Bekanntmachung im Gewerbeverordnungsblatt als Schundliteratur bezeichnet werden und die demgemäß auf Grund des § 56 Ziffer 12 der Gewerbeordnung vom Justizbehörden und Justizstellen von Bestellungen im Umherziehen auszuschließen sind, auch in stehenden Gewerbe nicht zugelassen, angehängt, ausgehändigt, ausgelegt oder sonst verbreitet werden dürfen. Einer Umkehrung der Vorschrift wird dadurch vorgebeugt, daß die vorstehend genannten Druckschriften auch nicht unter veränderten Titel selbsten, angehängt, ausgelegt, ausgelegt oder sonst verbreitet werden

ihre Informationen aus ihr nahelebenden baltischen Kreisen schöpft, erklärt, daß von den Ergebnissen dieser Veränderungen auch die zukünftige Richtung der Politik abhängen wird. Die von uns angeführten Worte sind wohl kaum eine Uebersetzung, für die Kreise, die die dienstfertige Presse informieren, ist schon längst die Ursache zur Wirkung geworden und umgekehrt. Die Veränderungen im Bestande des Kabinetts sind für sie nicht die Wirkungen der neuen „politischen Richtung“, sondern die politische Richtung hängt von den Ergebnissen der Veränderungen in der persönlichen Zusammensetzung des Kabinetts ab. Bisherlich werden schon die allerersten Tage dem Charakter des erneuerten Ministeriums zeigen. Augenblicklich ist es sogar nach unbekannt, was sich eigentlich vorbereitet: eine „renovierte“ oder eine „neue“ Regierung? Das hängt natürlich von dieser oder jener politischen Richtung ab. Da aber die am Ufer stehenden Männer dazu berufen sind, der Politik eine Richtung zu geben, von der man sagt, daß sie in manchem Sinne eine „neue“ sein wird, so ist darüber kein Wort zu verlieren, daß der Großteil des Landes es verlangt, daß auch diese Männer in jeder Beziehung „neu“ sind. Es ist am praktischsten, neuen Wein auch in neuen Schläuchen zu gießen.

Genauere Nachrichten über Sinn und Bedeutung der Veränderungen im russischen Kabinett liegen in diesem Augenblick immer noch nicht vor. Wir sind auf Indizien angewiesen. Wir haben schon das Wort eines Bewohners der Adonischen Zeitung angeführt, der in vielbeachteten Aufsätzen über die russische Stellung sein Urteil über Boris Wladimirovitch Stürmer dahin zusammenfaßt: „Jedenfalls liegt in Stürmer nichts Argergerisches und Chouvinistisches, und er wird bei in Russland aufkommen den Lebensschicksal nicht hindernd in dem Weg treten“. Die Möglichkeit, daß die russische Politik sich wieder von dem durch die Begegnung zwischen dem verstorbenen englischen Könige Edward VII. und dem regierenden Zaren Nicolai Alexanderowitsch in Ruval angebahnten Wege entfernt, erscheint immerhin gegeben. Stürmer, der jetzt in dem vielleicht entscheidenden Abschnitt des Weltkrieges die ausdauernde Politik des Zarreiches übernimmt, steht den demagogischen Wächtern in London weit unabhängiger gegenüber als Sokolow. Er hat sich, wie alle russischen Staatsmänner der alten Schule, ein gesundes Mißtrauen gegen den alten Widerbächer in Wien, der dem russischen Janar 1904 die Japaner auf den Hals hetzte, bewahrt, und als gut konservativer Mann auch auf richtige Begeisterung verspricht, wenn er auch die revolutionäre Nationalbewegung der verbündeten französischen Republik mit anhöden mag. Aus diesem Grunde ist es doch bedauerlich, daß keiner der liberalen russischen Politiker aus Baden gefehlt ist.

in Wien, 24. Juli. (Priv.-Tel.) Laut der Adonischen Zeitung meldet der Berichterstatter der Times aus Petersburg: Die Ernennung des Ministerpräsidenten Stürmer zum Minister des Innern, als Nachfolger von Sokolow wird als ein Vorzeichen auf Einigkeit in der Leitung der inneren und äußeren Angelegenheiten angesehen. Im allgemeinen läßt sich die russische Presse mit großer Hochachtung über Sokolow aus, obwohl die Kowojew Wremja seine Fehler ins Licht rückt.

Die Auffassung in Berlin.

Berlin, 24. Juli. (Von u. Berl. Büro.) Nähere Nachrichten über den Ministerwechsel in Russland liegen einstweilen hier noch nicht vor. Auch an unternichtlichen Stellen weiß man nicht mehr als das, was der zensierte russische Deputat gedruckt hat. Vor allem fehlen einige Mitteilungen darüber, ob wirklich Sokolow

dürfen, was sowohl für den Geschäftsbetrieb als auch für das stehende Gewerbe gilt.

Die Bitte, die im Gewerbeverordnungsblatt veröffentlicht wird, daß sich mit der Bitte, die der entsprechenden Verfügung des Oberkommandos der Marine zugrundegelegt ist, so daß ein einheitliches Vorgehen gewährleistet ist, dem sich auch die Kgl. Schif. Regierung anschließen hat. Es wäre sehr erreglich, wenn noch und nach im ganzen Reiche der Kampf gegen die Schundliteratur auf derselben Grundlage aufgenommen würde, denn noch mehr wie auf anderen Gebieten, wird gerade hier der Erfolg durch möglichst gleichartiges, einheitliches Vorgehen in allen Bundesstaaten am besten verbürgt.

Die Bezirksämter sind angewiesen, die in Frage kommenden Gewerbebetriebe — Verleger, Groß- und Kleinhändler, Straßenhändler, Inhaber von Leihbibliotheken — unter Ausbändigung eines Abdrucks der Bitte auf das Verbot in seinem ganzen Umfang und unter Hinweis auf die Folgen von Zuwiderhandlungen aufmerksam zu machen. Es wird sich also niemandem voraus besorgen können, daß er das Verbot nicht gekannt habe.

Unter Vorbereitung ist auch das gewerbemäßige Verleihen durch die Post oder auf andere Weise, das gewerbemäßige Verleihen, das ungesetzliche Betreiben oder Verleihen mit gewerblichen Absichten zu verstehen. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen und sonstige Druckschriften, in denen irgendwie empfohlen ist die in der amtlichen Bitte enthaltene Schundliteratur hingewiesen wird, fallen unter das Verbot.

Das Austauschen von Druckschriften, die nicht gewerbemäßig als Schundliteratur zu erachten, aber auch nicht in der bekanntgegebenen Weise entzogen

krankheit, an der nicht zu zweifeln ist — er ist jetzt schon ein kranklicher Mann — die Methode seines Scheiterns ist. Das wäre natürlich ein sehr wesentliches Moment für die Beurteilung der Krise. Im übrigen ist von den neuen Männern nur zu sagen, daß sie strenge reaktionär sind. Hier und da zeigt sich das Bestreben sie in Bezug auf die ausstehenden Dinge als Vertreter einer mildereren, verhältnismäßig Tonart in Anspruch zu nehmen. Wir müssen glauben: Man wird gut tun in dieser Beziehung, zunächst zur Haltung zu leben und die Laten der Herren abzuwarten, ehe man sie voreilig abstempelt.

Rumänien vor der Mobilmachung?

Berlin, 24. Juli. (Von u. Berl. Büro.) Auf dem Umwege über Budapest sind in den letzten Tagen Meldungen gekommen, die die Lage in Rumänien besonders kritisch schildern. Das ist sie ja nun wohl in der Tat. Die Entente-Diplomatie arbeitet in diesen Wochen offenbar härter, denn es ist nicht gerade angenehm, daß Rumänien sich gegenüber den Verbündeten ganz gefühllos zeigen wird. Dennoch bleibt festzuhalten, was wir immer wieder gesagt haben: Die militärische Lage wird für alle jetzigen sonstigen Entscheidungen Rumäniens ausschlaggebend sein. Daß Rumänien im Augenblick vor dem Anschluß an die Entente steht, braucht man deshalb nicht anzunehmen. Jedenfalls liegen zu Stunde dafür noch keine Anzeichen vor.

Wien, 24. Juli. (Priv.-Tel. 3. B.) Nach einer Drahtung des „Wiener Journals“ werden von Präfekten von Ost-Ungarn von Chirgin Nachrichten von einer bevorstehenden Mobilmachung Rumäniens gegeben. Der Präfekt bemerkt hinzu, daß er selbst die Aufträge für die Mobilmachung in Händen habe.

Bukarest, 24. Juli. (Priv.-Tel. 3. B.) Nach einer Mitteilung der „Politique“ verläßt in eingeweihten Kreisen, daß demnach General Michael Rigacu zum Chef der rumänischen Generalstabs ernannt werden wird.

Bukarest, 24. Juli. (Priv.-Tel. 3. B.) „La Politique“ berichtet, daß zuverlässigen Nachrichten aus Jassy zufolge der erste Zug von Russland mit der für Rumänien bestimmten Munition dort angekommen ist und nach Bukarest weitergeführt werden soll.

Bulgariens Hoffnungen.

Budapest, 24. Juli. (Priv.-Tel. 3. B.) Der Sonderberichterstatter des Vester Abendblattes in Sofia eine Unterredung mit dem Vizepräsidenten der Sobranje, Komitich Low, der sagte: Nichts kann uns mehr trennen. Deutschlands und Oesterreichs Sieg ist auch unser Sieg, wie ihr Untergang auch der unsere gewesen wäre. Aber wir haben immer an den Sieg der Mittelmächte geglaubt, an dem wir jetzt teilnehmen. Bulgarien hofft, daß der Sieg der Mittelmächte dem Volk und Land Segen und Kultur bringen werde. Bulgarien ist reich an Naturprodukten und Mineralien. Nim steht nur Technik und Geld. Leides muß von Deutschland ins Land kommen. Die Mittelmächte wissen, daß Bulgarien als Bindeglied zum Osten notwendig ist. Die Stärke Deutschlands und Oesterreichs bedeutet auch die Stärke Bulgariens.

Sofia, 24. Juli. (WZ, Nichtamtlich.) Die Sobranje hat das dreimonatige Budget

ten sind, ist von den Bezirksämtern jeweils dem Ministerium des Innern anzugeben, das dann im Benehmen mit dem bekannten Sachverständigen auf diesem Gebiet, Prof. Dr. Karl Brunner in Berlin, der in den denkwürdigen Werke seine Mitwirkung bei der Erstellung der Vorschriften gesehen hat, prüfen wird, ob die betreffende Druckschrift in die Liste aufgenommen ist.

Besonders wichtig ist eine solche Mitwirkung der Schule auf diesem Gebiet. Das Ministerium des Innern und Unterrichts wird demgemäß die Schulbehörden mit den nötigen Weisungen versehen, damit etwa in den Händen von Schulkindern entdeckte Schundliteratur ebenfalls nach Möglichkeit unheilbar gemacht wird.

Sehr erreglich ist, daß sich auch in den Kreisen verschiedener Verleger, die bisher der Herausgabe von Schundliteratur nicht fernstanden, Boreitschaft gezeigt hat, künftig ihre Stellung zu ändern. Den Bemühungen des Prof. Dr. Brunner ist es gelungen, die hauptsächlichsten Verleger der vom Reichsverband und von den Jugendbildungsvereinigungen bekämpften Schundliteratur zu einer Vereinigung zusammenzuschließen, die sich bereit erklärt hat, in Verbindung mit den Behörden und den Vertretern der Jugendbildungsbewegung die Angelegenheit der Schundliteratur möglichst zu beseitigen und minimal, und Verleihen bereits freiwillig für die Zukunft aus ihren Verleihen auszuschließen hat.

Dieser Umstand eröffnet besonders erfreuliche Aussichten für die Erwartung, daß das Kriegsende den Friedensschluß zum Segen unserer Völler überdauern wird.

provisorium in dritter Lesung angenommen, ferner den Gesetzentwurf betr. die Regelung der Ein- und Ausfuhr. Um dem Ausschuss die nötige Zeit zum Studium des Entwurfes zu geben, vertagte sich das Haus bis zum 1. August.

Griechenland.

Lebensschaffliche Agitation gegen Venizelos.

Rotterdam, 24. Juli. (Priv.-Tel. z. B.) Aus Athen wird Pariser Blättern berichtet, daß in Alt-Griechenland ein leidenschaftlicher Wahlkampf gegen Venizelos begonnen habe. Man beschuldigt ganz offen die Venizelisten, daß sie beim Brand von Latoi die Hand im Spiel gehabt hätten. Auf diese Anschuldigung antwortete die venizelistische Presse mit der Forderung nach einer Klarstellung durch eine gerichtliche Untersuchung.

Bern, 24. Juli. (SW. Nichtamtlich) Der 'Luzerner' wieder aus Athen: Der griechische Kriegsanführer hat den General Deschamps aus Saloniki nach Athen berufen, um mit ihm über die Lage in Mazedonien zu beraten.

Die Ershöpfung des serbischen Heeres.

Ed. Helffer schreibt im 'Journal' vom 16. Juli aus Saloniki: In den in das Kongert, welches ich schon so oft in französischen Zeitungen gekannt habe, einfließen und berichten, daß die Serben bereit sind, mit unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Aber ich will lieber die Wahrheit sagen. Ich habe die Serben gesehen, eine ganze Division, die an die Front zog. Genüßlich saßen sie auf dem Karsthilfen, sehr ruhig, langsam und (speziell) gaben sie dabei, mit gefestem Kopf, unermüdet wie in der Schlacht ergebene Krieger, die nur in Bewegung blieben, weil sie zu müde sind, um zu stehen. Häufig lächelte eine Reihe auf, und die Männer ließen sich auf die Erde fallen; unter allen Umständen lagten sie herum.

Wenn wir an den Grenzen ihres Vaterlandes kämpfen, werden sie sicherlich nicht zurückweichen; wenn sie Monastir oder Ghegahli verlassen, werden sie irgend heroische Taten vollbringen. Aber man muß sich klar machen, daß diese Leute an der Grenze ihrer Lebensfähigkeit angelangt sind. Wenn auch keine Epidemien mehr unter ihnen herrschen, sind ihre Kräfte doch durch die ausgestandenen Leiden untergraben. Sie können kämpfen, aber es sind keine Truppen, denen man zu große Anforderungen zu machen darf; außerdem kennen sie die Methoden des modernen Kampfes nicht. Schon die Ausbildung macht sie schwerfällig; sie tragen den Tornister wie eine Last, der ihnen die Hände, ebenso die Füße, seit einiger Zeit sind sie gestumpft worden; jede Bewegung schmerzt sie.

Mit einem Wort, diese Truppen werden früher oder später und mehr als das tun, aber wir müssen uns klar werden, daß ihre Kräfte nicht unerschöpflich sind und daß die Armee nur wertvoll für uns sein wird, wenn wir ihre Verwendung beschränken können.

Die „Deutschland.“

Von der schweizerischen Grenze, 24. Juli. (Priv.-Tel. z. A.) Die Waller Nachrichten melden aus London, daß ein zweites deutsches Handelsunterseeboot im Dong Island Sound östlich von Newoor eingetroffen sein soll. Es sei im Tod von Bridgeport verankert. Das Unterseeboot 'Deutschland' hätte den Hafen von Baltimore bis zum 22. Juli noch nicht verlassen. Weiter melden die Waller Nachrichten, daß dem Daily Chronicle aus New York berichtet wird, das Handelsunterseeboot 'Deutschland' sei bereits letzten Donnerstag abend nach Sonnenuntergang vollständig geladen gewesen. Kapitän König hätte am Tag vorher überall hin seine Abschiedsgrüße geschickt mit dem Versprechen, bald wieder zu kommen. Gerüchtelei verläutet, daß die Allierten auf eine Entfernung von 20 Meilen Unterseebootnetze gelegt hätten.

Die Erörterung der Kriegsziele.

Reale Garantien.

Im 'Tag' hat Professor Hans Delbrück sich auseinandergesetzt, daß die reale Garantie, die der Feinde schenken müsse, das Unterseeboot ist. Nur Dreyfus erteilt auf den eigenartigen Vorschlag in der 'Tägl. Rundschau' die folgende Antwort:

Ich habe nicht die mindesten Zuständigkeiten, über die zukünftigen Entwicklungsformen des Seekrieges zu sprechen. Aber da diese Dinge jetzt von unabsehbarer Bedeutung für unsere Staatskunst werden, so müssen die allgemeynlich und man sollte meinen, handgezeichneten Folgerungen für diese auch von dem lebensfähigsten an dem Schicksal unseres Staates Teilnehmenden gezogen werden. Die Fachmänner haben hier gesprochen: der Admiralstab unserer Flotte hat selbst an einem so objektiven Ort wie in dem Deutschen über die Seefriede am Stagerat ganz unmissverständlich auf die Bedeutung der Unterseeboote für den großen Seeheldkampf hingewiesen, d. h. für die entscheidende Form des Flächenkrieges überhaupt. Und der in Seedingen unterzeichnete und zuständige unter unseren Vorgesetzten ist nicht müde geworden, auf diesen Sachverhalt hinzuweisen und zu betonen, daß nur das Kampfschiff der Hochseeflotte die Entscheidung haben wird.

Alles dies scheint vergeblich gesprochen. Wer meinte noch, der gleiche Publizist hat ganz mit Recht erklärt, daß eine Prophezeiung über die Seefriedestellung des künftigen Unterseebootes schon deshalb nicht haltbar sei, weil man nicht im mindesten absehen könne, welche Auswirkungen die technische oder militärische Entwicklung machen könne. Mir scheint es, und nur um darauf aufmerksam zu machen, werden diese Stellen geschrieben, als hätten die Tatsachen schon heute diese Warnung recht gegeben. Wir verzeichnen heute den ersten geringeren Anlauf zur Aufbarmachung des Landbootes für Handelszwecke mit einer für den Augenblick berechtigten Freude als einen lediglich uns zugute kommenden Umstand. Wollte man aber erwidern, daß dieses gleiche Verfahren, in dem Dienst Englands gestellt, jede Unterabladung der britischen Inseln durch Deutschland im selben Sinne und Maße, wie jetzt die englische zu unseren Gunsten, lähmen muß. Und das ist das Ergebnis der technischen Entwicklung des ersten Monats nach dieser mächtig vom unfehligen Optimismus oder von sehr falschen staatsmännlichen Absichten eingegebenen Prophezeiung.

Nur die verhängnisvolle Selbsttäuschung könnte unser Volk bewegen, nicht auch noch die letzte Waffe im Kampf gegen England in wie nach diesem Kriege wahrzunehmen: Hochseeflotte, U-Boote, Luftschiffe und — gewiß auch — Landboote. Es ist eine der denkbarsten Taktiken in dem falkenreichen Hintergrundspiel der Staatskünstler hinter den Fronten, daß der Leiter der englischen Staatskunst einen einzigen Vorschlag des deutschen Kanzlers für erdögenswert erklärt hat: den einer Sicherstellung der Freiheit der Meere. Oerfächliche Betrachtung mag darin nichts anderes sehen als eine der vielen Fellen, die englische Regierungsmacht noch jetzt, im hellen Strahle, der deutschen Gut- und Willensfähigkeit stellen zu können meint. Beeidenschaftet durch diese Erklärung die zitternde Angst Englands für die Zukunft, für seine nunmehr vom Meere selbst her bedrohte Zukunft durchdringt. Es ist die erste Vorbereitung dafür, daß in dem Augenblicke, in dem Englands Seebereitschaft ernsthaft befristet erscheint, d. h. in dem seine Lage sehr viel schlechter wird als die aller jenseitigen Staaten, die Schwestern des schleinigen Phosphorsinternationaler Humanität gezogen werden sollen, um dann die ganze Welt gegen den Hingehang aufzubieten, den England selbst gegen uns erfinden hat und der ihm dann selbst und viel verhängnisvoller als uns droht.

Aber welche ein Irrtum, ein Weltreich und ein Staat von tausendjähriger, jäh gefesteter Stoff- und Kampfkraft konnte nur mit einem Teil der gegen ihn zur Verfügung stehenden Waffen in Schach gehalten werden, noch dazu nach einem Krieg, der alle seine alten Jüngerinstänke auf das höchste reigt. Diese Erklärung erscheint freilich nur ebenso fragwürdig wie die anderen Prophezeiungen des gleichen Angebers: von dem Pazifismus des brennenden Deutschland wiederherzustellenden und intact an England zurückzustellenden Belgien oder gar von dem endlichen Durchbruch der — so lange schon auf diese Selbstoffenbarung wartenden — fragestehenden Ammonition der französischen Volksherrschaft.

Man muß von allen guten Geistes, die unsere Gesichte lenken, und vom Schwere Sündenbucht erhoffen, daß unserm Lande ein Frieden kommen muß, der auf festesten Stützen als diesen mehr als schwanken Voraussetzungen, auf diesen in Wahrheit ganz irrealen Garantien erbaut ist.

Ueberrmäßige Preissteigerung bei Tabakerzeugnissen.

Man schreibt uns: Die Bundesratsverordnung vom 23. Juli v. J. richtet sich gegen die übermäßige Preissteigerung beim Handel mit Rohmaterialien und Gegenständen des täglichen Bedarfs. Sie enthält Strafverfügungen gegen Erzeuger und Händler, die für solche Gegenstände Preise fordern, die einen übermäßigen Gewinn anholten. In den Kreisen des Kleinhandels mit Tabakerzeugnissen hat sich nun vielfach die Ansicht, daß Zigaretten und Zigarren nicht als Gegenstände des täglichen Bedarfs im Sinne der Verordnung angesehen seien und daß infolgedessen sich die Verordnung nicht auf die Preissteigerung für die Erzeugnisse beziehe. Diese Auffassung ist nach einer Reichsgerichtsentscheidung unzutreffend. Nach Ansicht des Reichsgerichts bezieht sich die Verordnung im Sinne der Verordnung angesehen seien und daß infolgedessen sich die Verordnung nicht auf die Preissteigerung für die Erzeugnisse beziehe. Diese Auffassung ist nach einer Reichsgerichtsentscheidung unzutreffend. Nach Ansicht des Reichsgerichts bezieht sich die Verordnung im Sinne der Verordnung angesehen seien und daß infolgedessen sich die Verordnung nicht auf die Preissteigerung für die Erzeugnisse beziehe.

einen übermäßigen Gewinn für Gegenstände des täglichen Bedarfs zu verstehen sei, hat ein süddeutsches Bundesobertribunal Gutachten von Sachverständigen eingeholt, und ist demnach zu der Auffassung gekommen, daß in der jetzigen Preiszeit der Kleinhandel über einen Zuschlag von 15 bis 20 v. H. zu dem Einkaufspreis und den Betriebskosten nicht hinausgehen dürfe. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein solcher Aufschlag bei den in Folge des Krieges wesentlich erhöhten Einkaufspreisen jetzt auch einen größeren Nutzen verspricht, als er bei den niedrigen Friedenspreisen erzielt wurde. Auch Tabakerzeugnisse in den höheren Preisklassen, die vorwiegend von den begüterten Kreisen bezogen werden, dürfen nicht mit einem höheren Gewinnaufschlag bestraft werden, wie die in niederen Preisklassen, denn Beidermaßen ist nach dem Urteil des Reichsgerichts gegen Name und Reich in gleicher Weise verboten.

Aus Stadt und Land.

Mit dem Kreuz ausgezeichnet

Intendant Dr. Heinrich Kaufmann, Sohn von E. Kaufmann, Tullstraße 18, wegen besonderer Tapferkeit vor dem Feinde bei den Kämpfen im Wehen. Oberarzt Dr. Wilhelm Dresfuß, bei einem bayr. Landwehr-Regiment im Einsatz.

Sonstige Auszeichnungen.

Feldwebel Josef Weiler, der 3. Bz. bei einer deutsch-türkischen Feldjägerabteilung steht und in der Schlacht bei Egeren im Jahre 1914 und bei der Schlacht bei Gallipoli, wurde jetzt auch mit der großen badischen silbernen Verdienstmedaille ausgezeichnet. Gefreiter Adolf Emil Burger, Teilmaler der Firma Adolf Burger, Kreisstraße, S. 1. Bz., der sich seit 17 Monaten im östlichen Kriegsgelände befindet, wurde durch Verleihung der badischen silbernen Verdienstmedaille ausgezeichnet.

Jahresberichte der höheren Schulen.

Leisinghshule.

Dem Jahresberichte der Leisinghshule, Realgymnasium mit Realabteilung, entnehmen wir folgenden: Der Direktor Dr. Baum hat im Berichtsjahre, wie Professor Carl Stein auch im Schuljahre 1914-15 mit der herausragenden Leitung der Schule betraut. Der Unterrichtserfolg konnte im zweiten Kriegsjahre ungeachtet der Schwierigkeiten als im ersten. Mit Beginn des Schuljahres wurden zu Professor ernannt und an die Anhalt veretzt: Adolf Stein, 3. Bz. im Oberrealschule, bisher Lehramtspraktikant an der Oberrealschule in Korbach. Der Herr am Anhalt veretzt: Adolf Stein, 3. Bz. im Oberrealschule, bisher Lehramtspraktikant an der Oberrealschule in Korbach. Der Herr am Anhalt veretzt: Adolf Stein, 3. Bz. im Oberrealschule, bisher Lehramtspraktikant an der Oberrealschule in Korbach.

Die in der Nacht vom 21. Juli zum 1. August um 12 Uhr 1 Minute und später eingeleiteten Sendungen u. m. unterliegen der Reichsabgabe.

Die in der Nacht vom 21. Juli zum 1. August um 12 Uhr 1 Minute und später eingeleiteten Sendungen u. m. unterliegen der Reichsabgabe. Es hat unabweisbar der Staatssekretär des Reichspostamts in seinem Ausführungsbescheid vom 21. Juli über die außerordentliche Reichsabgabe bei den Post- und Telegraphenbestimmungen bestimmt. Dem deutschen Briefschreiber ist also keine Zeit gelassen, sich im Laufe des 1. August in der Notwendigkeit, die Postkarte mit 7/8 Pfennig und den Brief mit 7/8 oder 15 Pfennig freizumachen, zu finden; mit dem Wiedereintritt der Post vom 1. August 1916 einleitet, muß er sich auf die Halb-Pfennig-Wirtschaft einstellen. Am seinem Dekret sind besondere Nachdruck zu verleihen, wurde bestimmt, daß alle Briefschaften der Postanstalten und die Briefschaften der Bahnposten, soweit Unterbeamte im Dienst sind, um 12 Uhr nachts außerordentlich zu liefern sind. Wer also bis dahin nicht seinen Brief in den Kasten geschickt und seine Sendung nicht nach der neuen Ordnung freigemacht hat, der verliert seinen Brief nicht den Hausbesitzern eines Postamts oder einer Bahnpost; er muß noch die Strafe für unzureichende Freimachung zahlen werden, die allerdings in den Monaten August und September im Freimachen nach den alten Sätzen nur das fehlende Porto unter Abrechnung einzelner Freimachungen noch oben umfaßt. Da jedoch nicht alle Briefschaften des Reichs am 31. Juli um 12 Uhr nachts geleert werden können, so sind Sendungen aus Briefkästen, aus denen am 1. August die Briefe und Karten nicht genommen sind, bei der ersten Leerung am 1. August nicht als unzureichend freigemacht anzusehen, wenn das Reichsabgabe entsprechend erhöhte Porto auf ihnen nicht befindet. Die neue Ordnung umfaßt in der Hauptsache alle Sendungen, auch die von Staatsbedienten abgeordneten, für die Postanfertigungen vereinbart sind. Es hat es also der Postbesitzer hier nicht besser als der gemeine Mann, Freilassen können, abgeben von den besonderen Ausnahmen, Sendungen, die an Angehörige des Heeres und der Marine gerichtet sind oder von ihnen herkommen, wenn sie bündelartig und Gebührentrennungsgemäß gehen, insbesondere also Karten und Briefe, sowie Privattelegramme zwischen Feldpost und der Heimat.

Kriegsunterstützungen sind kein Gehalt. Auf diesen Standpunkt hat in der ersten Ratstagung des Reichstages für Angehörige der Wehrmacht in einer grundsätzlichen Entscheidung gestellt. Es erkannte darin, daß für Kriegsunterstützungen, an deren Angehörige der Wehrmacht einen Teil ihres bisherigen Gehalts als Unterstützung während des Krieges weiterbezahlt, während nach dem Bescheidungsbescheid für Angehörige nicht zu ermitteln sind, auch wenn es sich nicht um volle Kriegsmonate handelt. Der Reichsausschuß hat unter Berücksichtigung der in einer davon erstatteten Erklärung die Unterstützung als 'Gehalt' im Sinne des § 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Kriegsmittelsteuer in dem

mittags 8 Uhr, versammelt sich die Schüler zur Eröffnung des Schuljahres in der Turnhalle. Die öffentlichen Prüfungen und die öffentliche Schlußfeier fallen in diesem Jahre aus.

Oberrealschule.

Dem Jahresberichte der Oberrealschule in Mannheim mit Realabteilung entnehmen wir folgenden: Im Schuljahre 1914-15 begann die Arbeit der Oberrealschule auf die Höhepunkte: Lehramtspraktikanten (Lehrer) von Koch, lange vermisst, ist als Gehilfe des Lehrers der Naturwissenschaften im Jahre 1914-15 wieder und zum zweiten, die eben aus Oberrealschule und Unterprima vertritt, der Ausbildung des Krieges zu den eigenen geistigen, Paul Jander und Karl Wolf, haben ihr Leben für das Vaterland geweiht. Die Lehramtspraktikanten Dr. Hermann, Dr. Koch, Krieger und Hermann Müller erwarben das höhere Kreuz; Dr. Hermann, dessen Oberrealschule nach Vertreibung des Jahresberichts über die Lage schauend wurde, erhielt außerdem das Kreuz 2. Klasse mit Schwertern des Königs vom Kaiserlichen Kommando. Bei der Fortdauer des Krieges wurde bei der Anhalt wieder mit der Leisinghshule in die Verwaltung des Gebäudes an der Gieselerstraße treten. Die Zahl der Schulkinder wurde im Laufe des Jahres in Klasse IV von 24 auf 25 erhöht werden im übrigen blieb die Zahl der Schüler im Vorjahr. Zwei Lehramtspraktikanten, die für die nun zu erreichende Reifeprüfung bereit waren, wurden am 15. September 1915 bezeugt. So traten die Professoren Heinrich Müller (sowie in gleicher Eigenschaft am Realgymnasium in Wehrheim) und Friedrich Müller (sowie Lehramtspraktikant am Realgymnasium in Wehrheim) in den Lehrkörper ein; dafür traten die Lehramtspraktikanten Müller und Dr. Wolf aus, die über am das Verzeichnis in Wehrheim, der andere an die Realschule in Wehrheim. Die Lehramtspraktikanten Dr. Müller (damals im Oberrealschule zum Professor an der hiesigen Oberrealschule ernannt. Die Wälfche von Prof. Krieger, der einen Monat militärisch in Kalzbad genommen war, und die Wiederannahme der Tätigkeit durch Prof. Dr. Schaff, der längere Zeit durch Krankheit verhindert war, wurde eine Neuordnung der Stundenverteilung nötig. Für den zum Oberrealschule ernannten Prof. Wolf wurde als Vertreter Lehramtspraktikant Oetner von der Realschule in Wehrheim zugewiesen. Als Prof. Müller ebenfalls eingezogen wurde, konnte seine Stunden dem Reallehrer Siebel übertragen werden, der, am 15. März, 3. Bz. seinem bürgerlichen Beruf zurückgekehrt, einwöchentlich an der hiesigen Leisinghshule verwendet worden war und dort auch weiterhin wöchentlich 4 Stunden erteilt. Im Laufe des Schuljahres mußten ein Schüler der Unterprima und ein Schüler der Oberprima infolge Kastration ihrer Kastration in das Oberrealschule; 2 Schüler der Oberprima wurden als Lehramtspraktikanten angenommen. Für die abgehenden Oberrealschüler wurden viermal außerordentliche Prüfungen abgehalten. Einer außerordentlichen Schlußprüfung unterzogen sich fünf Schüler der Unterprima der Oberrealschule. Die öffentlichen Schlußferien wurden möglichst einhalt gehalten.

Der Verkehrsbescheid vom 21. Juli 1916, der die in der Nacht vom 21. Juli zum 1. August um 12 Uhr 1 Minute und später eingeleiteten Sendungen u. m. unterliegen der Reichsabgabe, hat unabweisbar der Staatssekretär des Reichspostamts in seinem Ausführungsbescheid vom 21. Juli über die außerordentliche Reichsabgabe bei den Post- und Telegraphenbestimmungen bestimmt. Dem deutschen Briefschreiber ist also keine Zeit gelassen, sich im Laufe des 1. August in der Notwendigkeit, die Postkarte mit 7/8 Pfennig und den Brief mit 7/8 oder 15 Pfennig freizumachen, zu finden; mit dem Wiedereintritt der Post vom 1. August 1916 einleitet, muß er sich auf die Halb-Pfennig-Wirtschaft einstellen. Am seinem Dekret sind besondere Nachdruck zu verleihen, wurde bestimmt, daß alle Briefschaften der Postanstalten und die Briefschaften der Bahnposten, soweit Unterbeamte im Dienst sind, um 12 Uhr nachts außerordentlich zu liefern sind. Wer also bis dahin nicht seinen Brief in den Kasten geschickt und seine Sendung nicht nach der neuen Ordnung freigemacht hat, der verliert seinen Brief nicht den Hausbesitzern eines Postamts oder einer Bahnpost; er muß noch die Strafe für unzureichende Freimachung zahlen werden, die allerdings in den Monaten August und September im Freimachen nach den alten Sätzen nur das fehlende Porto unter Abrechnung einzelner Freimachungen noch oben umfaßt. Da jedoch nicht alle Briefschaften des Reichs am 31. Juli um 12 Uhr nachts geleert werden können, so sind Sendungen aus Briefkästen, aus denen am 1. August die Briefe und Karten nicht genommen sind, bei der ersten Leerung am 1. August nicht als unzureichend freigemacht anzusehen, wenn das Reichsabgabe entsprechend erhöhte Porto auf ihnen nicht befindet. Die neue Ordnung umfaßt in der Hauptsache alle Sendungen, auch die von Staatsbedienten abgeordneten, für die Postanfertigungen vereinbart sind. Es hat es also der Postbesitzer hier nicht besser als der gemeine Mann, Freilassen können, abgeben von den besonderen Ausnahmen, Sendungen, die an Angehörige des Heeres und der Marine gerichtet sind oder von ihnen herkommen, wenn sie bündelartig und Gebührentrennungsgemäß gehen, insbesondere also Karten und Briefe, sowie Privattelegramme zwischen Feldpost und der Heimat.

Das neue Schuljahr beginnt am Dienstag, den 12. September. Am Donnerstag, den 14. September, nachmittags 8 Uhr, versammelt sich alle Schüler in der Turnhalle der Leisinghshule zur Eröffnung des Schuljahres. Die öffentliche Schlußfeier findet am Freitag, den 24. Juli, nachmittags 8 Uhr in der Aula des Realgymnasiums statt.

* 1. 8. 16. 12.01.

Die in der Nacht vom 21. Juli zum 1. August um 12 Uhr 1 Minute und später eingeleiteten Sendungen u. m. unterliegen der Reichsabgabe. Es hat unabweisbar der Staatssekretär des Reichspostamts in seinem Ausführungsbescheid vom 21. Juli über die außerordentliche Reichsabgabe bei den Post- und Telegraphenbestimmungen bestimmt. Dem deutschen Briefschreiber ist also keine Zeit gelassen, sich im Laufe des 1. August in der Notwendigkeit, die Postkarte mit 7/8 Pfennig und den Brief mit 7/8 oder 15 Pfennig freizumachen, zu finden; mit dem Wiedereintritt der Post vom 1. August 1916 einleitet, muß er sich auf die Halb-Pfennig-Wirtschaft einstellen. Am seinem Dekret sind besondere Nachdruck zu verleihen, wurde bestimmt, daß alle Briefschaften der Postanstalten und die Briefschaften der Bahnposten, soweit Unterbeamte im Dienst sind, um 12 Uhr nachts außerordentlich zu liefern sind. Wer also bis dahin nicht seinen Brief in den Kasten geschickt und seine Sendung nicht nach der neuen Ordnung freigemacht hat, der verliert seinen Brief nicht den Hausbesitzern eines Postamts oder einer Bahnpost; er muß noch die Strafe für unzureichende Freimachung zahlen werden, die allerdings in den Monaten August und September im Freimachen nach den alten Sätzen nur das fehlende Porto unter Abrechnung einzelner Freimachungen noch oben umfaßt. Da jedoch nicht alle Briefschaften des Reichs am 31. Juli um 12 Uhr nachts geleert werden können, so sind Sendungen aus Briefkästen, aus denen am 1. August die Briefe und Karten nicht genommen sind, bei der ersten Leerung am 1. August nicht als unzureichend freigemacht anzusehen, wenn das Reichsabgabe entsprechend erhöhte Porto auf ihnen nicht befindet. Die neue Ordnung umfaßt in der Hauptsache alle Sendungen, auch die von Staatsbedienten abgeordneten, für die Postanfertigungen vereinbart sind. Es hat es also der Postbesitzer hier nicht besser als der gemeine Mann, Freilassen können, abgeben von den besonderen Ausnahmen, Sendungen, die an Angehörige des Heeres und der Marine gerichtet sind oder von ihnen herkommen, wenn sie bündelartig und Gebührentrennungsgemäß gehen, insbesondere also Karten und Briefe, sowie Privattelegramme zwischen Feldpost und der Heimat.

Kriegsunterstützungen sind kein Gehalt. Auf diesen Standpunkt hat in der ersten Ratstagung des Reichstages für Angehörige der Wehrmacht in einer grundsätzlichen Entscheidung gestellt. Es erkannte darin, daß für Kriegsunterstützungen, an deren Angehörige der Wehrmacht einen Teil ihres bisherigen Gehalts als Unterstützung während des Krieges weiterbezahlt, während nach dem Bescheidungsbescheid für Angehörige nicht zu ermitteln sind, auch wenn es sich nicht um volle Kriegsmonate handelt. Der Reichsausschuß hat unter Berücksichtigung der in einer davon erstatteten Erklärung die Unterstützung als 'Gehalt' im Sinne des § 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Kriegsmittelsteuer in dem

Handel und Industrie

Verbandsanleihe

Wieder einmal sind Gerüchte über eine gemeinsame Anleihe der Verbandsmächte von 20 Milliarden im Umlauf. Sie kommen diesmal aus Italien, das sich unter den Verbandsmächten wohl in der größten Geldnot befindet. Der Vater des Gedankens ist bekanntlich der russische Finanzminister, Herr Bark. So oft er ihn vorbrachte, so einmütig wurde er stets von England und Frankreich abgelehnt. Auch bei den neuesten Verhandlungen zwischen den Finanzministern der Entente soll der von Bark wieder vorgebrachte Gedanke einer gemeinsamen großen Anleihe keine Gegenliebe gefunden haben.

Herr Ribot, der Verweser des französischen Finanzministeriums, soll sich wieder auf die französische Staatsverfassung berufen haben, welche ihm verbietet, Bürgschaften für die Anleihen fremder Staaten zu übernehmen, mögen sie mit Frankreich noch so befreundet sein. Diese ablehnende Haltung dürfte er auch weiter einnehmen. Dafür spricht die Tatsache, daß Frankreich für sich allein einen neuen Kredit von 400 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten erwirkt hat und wohl noch weitere Kredite zu erhalten hofft, deren Bedingungen natürlich wesentlich ungünstiger sein würden, wenn Rußland und Italien mit von der Partie sind. Außerdem hat Herr Ribot die Kammer um die Ermächtigung ersucht, an verbündete oder befreundete Regierungen, an verbündete oder befreundete Regierungen bis zum 30. Sept. 1916 Vorschüsse aus Staatsmitteln in Höhe von 1,55 Milliarden zu erteilen. Ein solches Gesetz wäre natürlich lässlich, wenn der Plan einer gemeinsamen Verbandsanleihe wirklich bestünde. Es ist aber entschieden vorzuziehen für Frankreich, Vorschüsse in solcher Höhe zu selbstgewählten Bedingungen zu erteilen, als sich mit Rußland und Italien in gemeinsame Anleihegeschäfte einzulassen. Zudem ist der eigene Geldbedarf Frankreichs so groß und der innere Markt so wenig aufnahmefähig, daß es alles daran setzen muß, den gegen Sicherheit noch zu beschaffenden Kredit für sich allein voll auszunützen.

Was von Frankreich gilt, gilt in erhöhtem Maße von England. Die täglichen Kriegskosten sind in England auf mehr als 6 Mill. £ oder 122,40 Mill. M. gestiegen. Infolgedessen mußte für das Finanzjahr 1916-17 bereits ein zweites Ergänzungskredit von 450 Mill. £ gefordert werden. Damit steigt die Summe der für das laufende Rechnungsjahr geforderten Kriegskredite auf 1050 Mill. £, und die Summe der Kriegskredite überhaupt auf 2832 Mill. £ gleich 57,77 Milliarden Mark. Hiervon sind durch die erste Anleihe von Nov. 1914 331 Mill. und durch die zweite vom Juni 1915 weitere 586 Mill. £, zusammen also bloß 917 Mill. £ im Wege langfristiger innerer Anleihen gedeckt worden. Dazu kommen dann noch 225 Mill. Dollar oder etwa 47 Mill. £ aus der englisch-französischen Anleihe, die im Okt. 1915 in den Vereinigten Staaten aufgelegt wurde und mit einem unbestreitbaren Mißerfolg endete. Alles in allem wird etwa 1 Milliarde durch hundert Anleihen gedeckt sein. Der Hauptteil von mehr als einer Milliarde entfällt schon jetzt auf die schwedische Schuld. Diese wird weiter steigen, da England vor der Auflegung einer neuen inneren Anleihe zurückzusehen. Der zunehmenden Verflechtung des Londoner Geldmarktes hat die Bank von England durch Erhöhung des Diskonts auf 6 Prozent Rechnung getragen. Damit soll der Abfluß des Geldes nach Amerika erschwert und ein neuer Anreiz für den Kauf von Schatzwechseln geboten werden. Gleichzeitig bemüht sich die Bank von England um einen neuen amerikanischen Handelskredit von 200 Mill. Dollars. Wir wissen außerdem, daß die englische Regierung kein Mittel unversucht gelassen hat, um den Uebergang von amerikanischen Wertpapieren aus englischem Privatbesitz in ihre Hand herbeizuführen. Mc. Kennis begründete damit sogar die Steigerung der Kriegskosten. Sollte England alle diese Mühen und Opfer wirklich nur deshalb gebracht haben, um die Sicherheiten für eine gemeinsame Verbandsanleihe in Amerika zu gewinnen? Das scheint uns wenig wahrscheinlich, wenn es auch den russischen und italienischen Wünschen entsprechen sollte.

Der englische Eigenwitz dürfte vielmehr einen anderen Weg wählen, bei dem sich den Verbänden das Fell gründlich über die Ohren ziehen läßt. England wird sich auf Grund seiner amerikanischen und sonstigen neutralen Wertpapiere sowie Kredit verschaffen, als es irgend kann. Aus dem Erlös wird es neben der teilweise Befriedigung seines eigenen großen Bedarfs in besonders dringenden Fällen auch den Verbündeten etwas abgeben. Aber nur von Fall zu Fall und zu Bedingungen, die es selbst vorschreiben kann.

Das schlagendste Beispiel für diese Art der Behandlung ist Herr Bark, der russische Finanzminister. Herr Bark will die gemeinsame Kriegsanleihe, England — und mit ihm Frankreich — wollen sie nicht. Herr Bark braucht 10 Milliarden Rubel, England — und mit ihm Frankreich — versprechen ihm bloß 6 Milliarden Rubel weiter zu stünden. Dabei schlägt John Bull auf das Pfund Sterling laßblütig 62 Prozent auf. In Rußland wird dringend vor weiseren Goldabgaben an „andere Länder“ — d. h. England — gewarnt. John Bull hat solche Goldabgaben offenbar zur Bedingung einer weiteren Stundung der fälligen Schulden gemacht. Denn sonst würde der neueste Ausweis der russischen Staatsbank nicht plötzlich ein Anschwellen des „Outflows im Ausland“ von 1083 Mill. auf 1867,7 Mill. Rubel zeigen. Also rund 185 Mill. Rubel Goldabgaben in einer Woche! Wenn das so weiter geht, wird die Deckung der umlaufenden 6,7 Milliarden russischer Noten bald ganz in der Luft schweben. Dabei sehen wir von allem sonstigen russischen Papiergeld noch ganz ab.

England hat gewußt, warum es eine gemeinsame Verbandsanleihe bisher hintertrieben hat. Es schätzt seinen eigenen Kredit ungleich höher ein, wie den aller übrigen Verbandsmächte und es will aus dieser Vorzugsstellung für sich besondere Vorteile heraus schlagen. Dahin gehören die Goldabgaben, die Wechselkurse, die berechneten Zinsen, Gebühren Frachtsätze und was dergleichen mehr ist.

Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß auch die neueste Nachricht von der gemeinsamen Verbandsanleihe ein Bluff ist, so liegt er jetzt vor. Wie uns eine Privatdepesche von der schweizer Grenze meldet, rüstet man in Italien und Frankreich neue innere Anleihen. Also Rußland ist abgefunden und will den Rest wieder durch eine innere Anleihe decken, Italien und Frankreich müssen sich voller Widerstreben wieder an den heimischen Markt wenden. Wer bleibt denn für die gemeinsame Anleihe anders übrig, als England allein?

Italien und Frankreich rüsten neue innere Anleihen.

c. Von der schweizer Grenze, 24. Juli. (Priv.-Tel. z. K.) Die Neue Züricher Zeitung meldet aus dem Haag: Italien wird im Herbst eine neue Kriegsanleihe von 2000—3000 Mill. Lire ausgeben. Wie verlautet, wird die zweite französische Kriegsanleihe dieses Jahr nicht vor September ausgegeben werden. Der holländische Schatzminister gibt wieder für 90 Millionen Gulden 4 1/2-prozentige einjährige Schatzscheine aus.

Rheinische Schuckert-Gesellschaft für elektrische Industrie A.-G., Mannheim.

Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, dürfte die Dividende für 1915-16 etwa in der vorjährigen Höhe (5 Prozent) vorgeschlagen werden.

Frankfurter Effektenbörse.

* Frankfurt a. M., 24. Juli. (Priv.-Telegr.) Bei Eröffnung des freien Verkehrs zeigte das Geschäft ein gewöhnliches ruhiges Aussehen. Von Sasonows Rücktritt nahm die Börse keine Notiz. Es hatte zunächst den Anschein, als ob die Tendenz sich etwas nach oben richten wollte, da die guten Nachrichten der heimischen Industrieverhältnisse der Börse einen guten Rückhalt bieten. Infolge der geringen Geschäftstätigkeit trat später aber Abschwächung ein. Fest lagen bei einiger Nachfrage Sacharin, Mainzerpapiere gut behauptet, Elektro- und chemische Gas- und Stahlwerke Mannheim, Mostanwerte still. In Schulaktien sind die Kurse nur wenig verändert. Kriegsmaterialwerte kaum beachtet. Etwas schwächer lagen Rheinstahl und Deutsche Waffen. Am Fondsmarkt trat weiteres Interesse für 3 und 3 1/2-prozentige Anleihen hervor. Japaner und Argentinier fest. Russenwerte besser. Privatliskont 4 1/2 Prozent. Der Schluß war ohne nennenswerte Kursveränderungen still bei behaupteter Tendenz. Nach Schluß trat reges Interesse für Rheinstahl ein, welche nicht nur die Kurseinbuße einholten, sondern mit einem erheblichen Gewinn hervorgingen.

Berliner Effektenbörse.

Berlin, 24. Juli. (Draht.) Aus dem engen Kreis der Industriepapiere in denen bei äußerst eingeschränktem Verkehr Umsätze festgestellt werden konnten, hoben sich Rheinstahl, Vereinigte Stahlwerke von Zypern, Bochumer und Deutsche Waffen ab. Diese Werte stellten sich infolge einiger Kaufstöße höher. Selten wurden bei allgemein fester Grundstimmung gut behauptete Kurse genannt. Von Anleihen wurden namentlich deutsche auch österreichisch-ungarische in geringem Umlaufe auf unverändertem Kursniveau gehandelt. Am Devisenmarkt waren die Notierungen gegen Samstag unverändert.

Berlin, 24. Juli. (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:	24.	22.
	Geld	Brief
Newyork	533	536
Holland	224,75	225,25
Dänemark	157,50	158,—
Schweden	157,50	158,—
Norwegen	157,50	158,—
Schweiz	102,87 1/2	103,12 1/2
Ost-Ungarn	69,45	69,55
Rumänien	86,75	87,25
Bulgarien	79,50	80,50

Zur Lage des Geldmarktes.

Der Berliner Geldmarkt zeigt im Zeichen der Zunahme an Flüssigkeit. Die Geldgeber, unter denen nun auch Hypothekendarlehenbanken verstanden sind, verhalten sich bei der Anleihe von Geld äußerst entgegenkommend; doch ist der Bedarf selbst bei dem verringerten Preis für tägliches Geld, das am 22. d. Mts. zu 3/4 Prozent (gegen bisher 4 Prozent) zu haben war, sehr mäßig. Allgemein wird mit weiterer Zunahme der Fälle an Geld gerechnet, bis dann im Herbst die ersten Einzahlungen auf die fünfte Kriegsanleihe beginnen werden. Die Verhältnisse am Londoner Geldmarkt, die sich, trotz aller gegenteiligen Behauptungen der englischen Presse, doch als recht unbefriedigend darstellen, werden in Berlin mit großer Beachtung verfolgt. Neuerdings liegt eine Nachricht über zunehmende Abwanderung von Gold aus England nach Amerika vor, wodurch übermäßiger Erhöhung des amtlichen Wechselkurses in London in größere Nähe gerückt ist.

Die Höhe der geforderten Auslandsforderungen.

Vom „Verband zur Sicherung deutscher Forderungen an das feindliche Ausland“, Sitz Barmen, wird uns geschrieben:

Wie wir aus einzelnen Zeitungsartikeln sowie aus Zuschriften an uns entnehmen, scheint uns selbst in Interessenskreisen noch nicht überall richtig unterrichtet zu sein über die Höhe der geforderten deutschen Forderungen an feindliche Firmen.

Gewiß sind sehr weite Kreise der ausländischen Abnehmer auch fernerhin nach Kriegsende auf den Bezug des deutschen Fabrikats angewiesen,

in erster Linie bei unserer chemischen, elektrischen und Maschinenindustrie. Und nach Kriegsende wird mit der Zeit das Schwergewicht der praktischen Verhältnisse und Bedürfnisse dahin wirken, daß die guten preiswerten deutschen Fabrikate auch in den jetzt feindlichen Ländern wieder allgemeiner Eingang finden. Aber zunächst wird erst die Haasestimmung, die von oben herab in den feindlichen Ländern aufgetrieben u. über den Wallenkrieg hinaus auf wirtschaftliche Fragen übertragen wird, die Gefahr mit sich bringen, daß ein großer Teil der deutschen Gläubiger bei der Einziehung seiner Außenstände auf Widerspruch und Weigerungen oder gänzliche Ablehnung stößt. Es ist ja schon in normalen Zeitaltern des öfteren so, daß der Käufer, wenn er mit dem Verkäufer in persönlicher Feindschaft gerät, an den Lieferungen zu mäken und die Bezahlung hinauszuziehen Neigung zeigt. Denkt man sich eine solche Stimmung ins Allgemeine und ins Brutale übersetzt, so kann man sich ein Bild machen von den Verhältnissen eines großen Teiles der feindlichen Abnehmer zu den deutschen Lieferanten nach Kriegsende. Dazu kommt, daß von den feindlichen Abnehmern sehr viele durch den Krieg ruiniert sind — besonders in Rußland!

Im letzten Jahre vor Kriegsausbruch, 1913, gingen für rund 4000 Millionen Mark deutsche Waren nach den jetzt feindlichen Ländern. Es ist nicht zu hoch gegriffen, wenn man annimmt, daß annähernd 2000 Millionen Mark bei Kriegsausbruch als deutsche Außenstände in Feindesland zu Buch standen. Die Summe der Außenstände in Rußland dürfte mindestens eine halbe Milliarde betragen; und aus Fachkreisen ist uns wiederholt versichert, daß 60—70 Prozent der gesamten deutschen Außenstände in Rußland verfallen gehen werden, wenn nicht die Reichsregierung im Rahmen der Friedensverhandlungen die nötigen Sicherungen schafft! Von dem Ausschuß der aus Rußland vertriebenen Reichsdeutschen ist uns mitgeteilt, daß dort bisher rund 500 Mill. Mark Forderungen angemeldet sind; von dieser Summe seien etwa die Hälfte kaufmännische Außenstände; der Ausschuß nimmt aber an, daß die Gesamtsumme der auf die vertriebenen Deutschen entfallenden Forderungen weit höher ist, als die Summe der bei ihm bisher angemeldeten.

Es handelt sich um sehr wertvolles Volkvermögen, das hier auf dem Spiele steht. Denn soll unser Außenhandel den scharfen Wettbewerb um den Weltmarkt nach Friedensschluß bestehen, so muß er dafür auch die nötige finanzielle Rüstung mitbringen! Das gilt ganz besonders von den weiten Kreisen der mittleren Firmen, die durch Fabrikation oder Handel oder beides am Export beteiligt sind! Und da gibt es nur ein wirklich durchgreifendes Mittel: angemessene, energische Maßnahmen der Reichsregierung im Rahmen der Friedensverhandlungen!

Bezugschein-Regelung und hierauf bezugscheinige Reklame.

In den verschiedensten Tageszeitungen kann man in letzter Zeit Annoncen lesen, die unter Hinweis auf die bevorstehende Bezugscheinregelung das Publikum zu größeren Einkäufen zu veranlassen suchen. Da diese Art der Reklame immer mehr zunimmt und mit dem Herannahen des 1. August noch mehr ausgesetzt werden wird, so dürfte eine nähere Prüfung der Frage nicht uninteressant sein.

Der Zweck der Bundesratsverordnung vom 10. Juni ist klar. Sie bezweckt einen sparsamen Verbrauch der vorhandenen Bestände der Textilwaren, damit bei einer noch so langen Dauer des Krieges kein Mangel an Kleidung für die bürgerliche Bevölkerung eintritt. Diese Einschränkung des Verbrauchs tritt zunächst vor allem in der Kontingenterung des Absatzes hervor. Bis zum 1. August darf der Kleinhändler höchstens 20 Prozent von jeder Art der in die Inventur aufgenommenen Waren veräußern. Dem Sinne der Verordnung fügt es somit sicher zuwider, wenn zum Einkauf über den augenblicklichen Bedarf in öffentlichen Ankündigungen aufgefodert wird. Die Verordnung selbst enthält jedoch keine Bestimmungen, daß eine Reklame, die auf die bevorstehende Versorgungsregelung Bezug nimmt, nicht erlaubt ist. Man kann auch vielfach hören, daß ein solches Verbot durchaus unmöglich sei, da einem übermäßigen Einkauf durch das Publikum schon durch die Verkaufsbeschränkung auf 20 Prozent vorgebeugt sei. Durch die im § 8, Abs. 3 dem Kleinhändler auferlegte Absatzbeschränkung wird wohl ein allzu starker Einkauf verhindert, jedoch wäre es nur zu begrüßen, wenn dieses erlaubte Verkaufsmaß nicht voll ausgenützt würde. Es ist kaum anzunehmen, daß ein Kleinhändler zu normalen Zeiten in diesen 6 Wochen des Hochsommers 20 Prozent seiner Ware absetzen kann. Ein Absatz von 10—15 Prozent wird schon als ein außerordentlich gutes Geschäft zu kennzeichnen sein. Einen Absatz von 20 Prozent dürfte er höchstens in den Saisonwaren haben, auf die sich aber leider diese Reklame keineswegs beschränkt.

Kann nun einer solchen Reklame, die im Prinzip der ganzen Verordnung vom 10. Juni 1916 geradezu widerspricht, nicht durch eines der bereits erlassenen Gesetze Einhalt geboten werden?

Durch die Bekanntmachung über das Verbot einer besonderen Beschleunigung des Verkaufes von Web-, Wirk- und Strickwaren vom 25. Febr. 1916 sind alle Veranstaltungen, die eine besondere Beschleunigung des Verkaufes von Web-, Wirk- und Strickwaren bezwecken, verboten. Der § 1 der genannten Bekanntmachung zählt dann auf, daß insbesondere die Ankündigung und die Abhaltung von Ausverkäufen und Teilsausverkäufen, Inventur- und Saisonverkäufen, Festverkaufen und Serien- u. Restwochen- od. tagen, Wollenwochen oder tagen, Propaganda- und Reklamewochen- oder tagen und von ähnlichen Sonderverkäufen, sowie die Ankündigung von Verkäufen zu herabgesetzten Preisen oder Inventurpreisen, verboten ist.

Diese Aufzählung hat nun einen exemplifikativen Charakter und ist keineswegs eine erschöpfende. Durch das Wort „insbesondere“ werden die angeführten Tatbestände zu Beispiel(en) herabgedrückt, sodaß bei einer nicht einmal allzu strengen Handhabung dieser Verordnung die

Reklame, die auf die bevorstehende Bezugscheinregelung abhebt und dadurch eine Beschleunigung des Absatzes zu erzielen sucht, als strafbar zu erkennen wäre.

In einigen Annoncen wird angegeben, daß diese Aufforderung zum Einkauf nur geschieht, um einen Andrang bei den zu erwerbenden Ausgabestellen für die Bezugscheine zu vermeiden. Diese Vorsorge für diese Stellen ist rührend, doch dürften die meisten Leser dieser Annonce nicht an die Uneigennützigkeit deren Aufgeber glauben. Der Zweck der Reklame ist Ware abzusetzen und zwar das größtmögliche Quantum.

Eine Reihe ungeschickter abgefaßter Annoncen wird auch ohne weiteres auf Grund des unlauteren Wettbewerbsgesetzes verwerfbar sein. So kommt man z. B. folgende Reklame lesen:

„Stöße in größter Auswahl zu noch billigen Preisen, Abgabe jetzt noch bis 1. August ohne Bezugschein“.

Nach § 3 des Reichsgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb kann derjenige, der in öffentlichen Bekanntmachungen über die Preisermessung unrichtige Angaben macht, die geeignet sind den Anschein eines besonders günstigen Angebotes hervorzurufen auf Unterlassung der unrichtigen Angaben in Anspruch genommen werden und nach § 4 desselben Gesetzes beim Vorhandensein gewisser Voraussetzungen (Absicht und Vorsatz) sogar strafbar sein. Die oben angeführte Reklame erfüllt eine Irreführung über die Preisermessung der Waren und war deshalb, weil on den Stoffen, die am Tage der Inventuraufnahme auf Lager sich befinden, die Preise festgelegt sind und ein Heraufziehen der Preise nach dem 1. August ausgeschlossen ist. Es müssen somit die restlichen 80 Prozent, die bis zum 1. August nicht verkauft werden dürften, ebenso billig verkauft werden wie vor dem 1. August.

Die Bezugsnahme auf eine bevorstehende Beschleunigung in der Reklame dürfte meistens auf Unwissenheit oder auf einer falschen Ausdrucksweise beruhen, denn recht oft kann man z. B. hören, daß diejenigen Waren, die nicht in der Freiliste aufgeführt sind, beschlagnahmt sind. Solche Fälle wären daher mit besonderer Vorsicht zu behandeln, jedoch ist es nicht ausgeschlossen, daß auch wissentlich und vorsätzlich eine solche Irreführung über eine bedeutsame Tatsache des Absatzes, d. h. über „geschäftliche Verhältnisse“ geschieht. (Siehe § 3 bzw. 4 des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb).

Es kann daher nicht dringend genug vor dem Erlaß derartiger Ankündigungen gewarnt werden, da Mittel und Wege genug vorhanden sind, um eine Bestrafung derartiger Annoncen zu ermöglichen.

Zentralstelle für das Trocknungswesen.

Dem Verwaltungsausschuß der auf Anregung des Reichsamts des Innern eingerichteten Zentralstelle für das Trocknungswesen sind inzwischen noch folgende Herren beigetreten:

- Herr Professor Dr. Parow vom Institut für Gährungsgewerbe,
- Herr Oekonomierat Dr. Albert Mischenholz,
- Herr Professor Büchler, Weinstadlplan,
- Herr Direktor Maus von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

Der Ausschuß umfaßt nunmehr Vertreter der Landwirtschaft, des Trocknungsgewerbes, der Wissenschaft und der Industrie. Für die Geschäftsführung der Zentralstelle wurde der bisherige Leiter der maschinen-technischen Abteilungen des Bundes der Landwirte, Herr Eisener, gewonnen, welcher auf dem Gebiete der Trocknung mehrfach hervorgetreten ist. Derselbe hat die Tätigkeit als Direktor der Zentralstelle bereits übernommen.

Berliner Produktmarkt.

Berlin, 24. Juli. (Draht.) Frühmarkt. (Im Warenhandel ermittelte Preise.) Speisepfeffer feines M. 24—28, grobes M. 20—23, Heidekraut M. 1,80—1,90, blaue Saatpflümpen M. 80 bis 100, Seradella M. 220 per 100 kg, ab Station, Spögel M. 160 für 100 kg ab Station, Heu neues M. 5—6, altes M. 7—8 per 50 kg, Saatwicken M. 98 per 100 kg.

Berlin, 24. Juli. (Draht.) Getreidemarkt ohne Notiz. Das Produktengeschäft entbehrt heute jeder Regsamkeit. Die Umsätze sind kaum nennenswert. Die Tendenz ist, soweit von einer solchen gesprochen werden kann, stetig bei unveränderten Preisen.

Nürnberg Hopfenmarkt.

R. Die in den meisten deutschen Hopfenbaugebieten nur sehr mittelmäßigen Ernteaussichten veranlaßten die Eigner auch in der letzten Woche zu großer Zurückhaltung in der Abgabe der Bestände und festen Preisforderungen. Sowohl der Kundschaftshandel wie die Spekulation sind mit Käufen an den Markt gekommen, so daß der tägliche Umsatz sich im Durchschnitt auf 70 Ballen stellte. Die Bahnzufuhr wird immer schwächer und erreichte kaum 70 Ballen Tagesdurchschnitt. Zum Verkauf gelangten in der vorigen Woche Hallertauer, Württemberger, Markt- und Eisässer Hopfen im Preisrahmen von 50 bis 75 Mark. Die Spekulation legte Preise von 50 bis 65 Mark an, ein Beweis, welche Erwartungen man auf die künftige Preisgestaltung setzt, nachdem noch vor wenigen Monaten von der Spekulation höchstens 30 Mark angelegt wurden. Die in der Berichtwoche zum Verkauf gelangten Hopfen erstreckten sich ausschließlich auf gutmittlere und beste Ware, da geringere Sorten seit einiger Zeit fast ganz aus dem Tageshandel sind. Nürnberger Käufer haben in den letzten Tagen in der Pfalz und in Baden noch verschiedentlich billige 14er Hopfen zu 35 bis 40 Mark übernommen, während dort ebenfalls schon 15er Hopfen nur noch ab 60 Mark zu haben sind. Mit dem Abschluß von Vorverkäufen sind die Produzenten sehr zurückhaltend. Preisangebote von 40 bis 50 Mark genügen ihnen nicht. Die Woche schloß am Nürnberger Markt in sehr fester Haltung, gleichwie am Sazer Markt, wo Preise noch immer 90 bis 105 Kronen sind.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil: Chefredaktor Dr. Fritz Goldschmidt; für den Handelsteil: Dr. Adolf Agthe; für den Anzeigen- und Geschäfts-Teil: Fritz Jona, sämtlich in Mannheim. Druck v. Verlag der Dr. H. Saarbrücker Buchdruckerei, G. m. b. H.

